

Sehr geehrte Frau Goetz

vielen Dank für Ihre Email, die kritischen Worte und Ihr Engagement!

Sie haben Recht, bei der Frage der Atomwaffenbestückung muss ein öffentlicher Diskurs möglich sein. Ich merke aber, auch an Schreiben wie dem Ihrigen, dass dieser stattfindet und in den zuständigen Ausschüssen ankommt.

Zur konkreten Frage der Rüstungsobjekte kann ich Ihnen mitteilen, dass der Flugzeugtyp für die Fähigkeit zur Atomwaffenbestückung entscheidend ist. Der sogenannte Eurofighter ist hierfür nicht ausgelegt, die amerikanische F-18 hingegen schon. Die Bundesregierung präferiert es das europäische Kampfflugzeug zu kaufen, aber es wird wohl auf einen Mix aus europäischen und amerikanischen Flugzeugen hinauslaufen, um eine volle Einsatzfähigkeit zu gewährleisten.

Es stimmt, eine nukleare Abrüstung muss das Ziel von all unseren internationalen Verhandlungen sein. Ich bin aber auch überzeugt, dass solche Verhandlungen nur auf Augenhöhe erfolgen können. Insofern erscheint es in der aktuellen Situation als unerlässlich, dass im Rahmen der Nato eine Erneuerung der Flugzeugausstattung vollzogen wird. Nur so kann die eigene Verteidigungsfähigkeit garantiert und eine verlässliche Verhandlungsposition ermöglicht werden.

Die aktuelle Corona Pandemie birgt jedoch auch die Chance für eine verstärkte Kooperation hinsichtlich eines friedlichen Zusammenlebens. Wir wollen diese Chance nutzen und unsere Partner, wie auch andere Länder bei der Bewältigung der Pandemie unterstützen!

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung, bleiben Sie gesund!

Freundliche Grüße

Andreas Lenz



Dr. Andreas Lenz MdB CSU

Sehr geehrte Frau Goetz,

vielen Dank für Ihre Nachricht an Dieter Janecek. Herr Janecek bat mich Ihnen zu antworten.



Dieter Janecek MdB Grüne

Die Grünen fordern seit ihrem Bestehen den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland. Dies ist ein Kern und auch eine Konstante unserer politischen Arbeit. Entsprechend deutlich haben wir uns auch gegen die Modernisierung der Atomwaffen in Deutschland ausgesprochen und in unserem Wahlprogramm 2017 verankert: **"Wir GRÜ NE fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen „nuklearen Teilhabe“. Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU."**

Fragen an die Bundesregierung bezüglich der Trägermittel der nuklearen Teilhabe, die jetzt zu erneuernden Kampfflieger, an die modernisierten Waffen anpassen wird, laufen regelmäßig ins Leere. Die Bundesregierung zieht sich in den Antworten auf den Standpunkt zurück, dass sämtliche Pläne zu den Atomwaffen in Deutschland, einschließlich ihrer Erneuerung, in der ausschließlichen Zuständigkeit der Amerikaner liegen.

Den Kauf neuer Atombomber zu verhindern liegt als kleinster Oppositionsfraktion leider nicht in unseren Händen. Wir sind aber bestrebt, dass Thema nukleare Teilhabe/nukleare Abrüstung immer wieder ihm Rahmen unserer beschränkten Möglichkeiten auf die Tagesordnung des Bundestages zu bringen (siehe u.a. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/009/1900976.pdf>).

Freundliche Grüße
Elsa Showmali

Sehr geehrte Frau Goetz,

vielen Dank für Ihre Mail an Frau Tausend, die ich sehr gerne in Ihrem Auftrag beantworte.

Die nukleare Abschreckung, sei es durch seegestützte Mittelstreckenraketen, Interkontinentalraketen oder Flugzeuge, war immer ein Thema für die SPD. In Europa ist die Bedrohung durch Nuklearwaffen auch nach dem Ende der Blockkonfrontation nie ganz verschwunden.



Claudia Tausend MdB SPD

Wir setzen uns deshalb weiter entschlossen für die weltweite Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen ein. Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt. Das haben wir im Koalitionsvertrag mit der Union festgeschrieben. Dieses Ziel hat sich auch die NATO gesetzt.

Deutschland wird neue Initiativen für Rüstungskontrolle und Abrüstung ergreifen. Das Auswärtige Amt unterstützt bereits die UN-Initiative für ein Verbot von Atomtests (CTBT) und hat den Nicht-Verbreitungsvertrag unterzeichnet. Zudem machen wir uns nach der Aufkündigung des INF-Vertrags für eine weltweite Rüstungskontrolle stark, die auch neue Bedrohungen wie die im Cyberraum, aus dem Weltraum oder durch Letale Autonome Waffensysteme erfasst. Die ICAN-Initiative zu unterstützen bliebe dagegen wirkungslos, weil sich keine einzige Atommacht darauf einzulassen bereit ist.

Solange aber Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, muss Deutschland ein zwingendes Interesse daran haben, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Dazu gehört eben auch die Sicherstellung von Transporten durch das Kampfflugzeug Tornado. Dieses Flugzeug ist veraltet und muss irgendwann durch ein neues Trägersystem ersetzt werden.

Ein Rückzug aus dieser „Nukleare Teilhabe“ genannten Verpflichtung würde uns im Hinblick auf die nukleare Abschreckung aller Mitsprachemöglichkeiten im Bündnis berauben. Die in Deutschland gelagerten Sprengköpfe unserer Bündnispartner würden nicht

verschwinden, sondern nur in ein anderes europäisches Land verbracht. Die Risiken für unser Land würden dadurch nicht geringer. Aber wir hätten schlechtere Voraussetzungen, um innerhalb der NATO eine Politik für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung voranzutreiben.

Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Option sind, ist es deshalb in deutschem Interesse über dieses Konzept Bescheid zu wissen und ein Teil davon zu sein. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind und bleiben prioritäre Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf unserem Kontinent vermeiden. Wir setzen auf die Einhaltung und einen stetigen und verantwortlichen Ausbau der Nichtverbreitungs- und Kontrollregime. Nur gemeinsame Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Jens Röver

Sehr geehrte Frau Goetz,

Ich bedanke mich zunächst herzlich für Ihre Anfrage. Dies umso mehr als ich Ihrem Anliegen nachdrücklich beipflichten möchte. Denn die Fraktion die LINKE im Deutschen Bundestag hat sich von Beginn an gegen die Teilnahme der Bundesrepublik an der Nuklearen Teilhabe der NATO ausgesprochen. Die Bundesregierung hat nun offenbar entschieden, die Flotte der Kampfbomber der Bundeswehr (bisher: Kampfbomber vom Typ TORNADO) ab 2025 durch die Beschaffung von bis zu 90 Eurofightern für den Luft-Boden-Kampf sowie zusätzlichen 45 Kampfbombern vom Typ F-18 für den Transport und Abwurf von US-Atomwaffen zu erneuern und zu vergrößern.



Nicole Gohlke MdB Linke

Dieses Vorhaben ist sicherheitspolitisch völlig verantwortungslos und finanziell verheerend angesichts der Herausforderungen und Kosten der Coronakrise, deren Ende bis jetzt noch nicht abzusehen ist.

Durch die Weiterführung der nuklearen Teilhabe würde die Bundesrepublik dazu beitragen, dass sich die Sicherheitslage in Europa weiter verschärft und **dass auch in der Frage der taktischen Atomwaffen in Europa die Möglichkeit eines Verhandlungsprozesses zwischen Russland und der NATO weiter verbaut wird. Ein Verzicht auf Beschaffung neuer Trägersysteme für US-Atomwaffen wäre demgegenüber ein Signal für Vertrauensbildung und Abrüstung.** Schon deshalb fordert die LINKE weiterhin nachdrücklich, endlich die auf deutschem Boden gelagerten US-Atomwaffen abzuziehen.

Unsere Partei lehnt das Ansinnen der Bundesregierung ab, sich wieder ohne Not über Jahre an ein neues milliardenstarkes Rüstungsprojekt zu binden. **Die Fertigung dieser Waffensysteme würde Mittel in zweistelliger Milliardenhöhe über die nächsten fünf Jahre hinaus kosten. Dabei wächst angesichts der Tiefe der Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus die Einsicht in ganz Europa, dass die Herausforderungen dieser Krise in Europa noch mehrere Jahre alle gesellschaftlichen Ressourcen benötigen werden.** Von neuen Krankenhäusern bis hin zu qualifizierten Fachkräften fehlt es auch in der Bundesrepublik an allem. In dieser Situation ist es unverantwortlich, Bundesmittel in zweistelliger Milliardenhöhe für riskante Rüstungsprojekte zu verausgaben.

Es ist typisch, dass die Bundesregierung auch diese Entscheidung möglichst dem Blick der Öffentlichkeit entziehen will. **Eine Debatte dazu im Plenum des Deutschen Bundestags ist nicht geplant. Wie auch bei anderen Vorlagen zur Beschaffung von Großwaffensystemen soll die Entscheidung hinter den geschlossenen Türen von Haushalts- und Verteidigungsausschuss erfolgen. Aber selbst diese zuständigen Ausschüsse werden bisher über den Zeitplan der Regierung im Dunkeln gelassen.**

Leider lässt die Geschäftsordnung des Bundestags unserer Fraktion wenig Handhabe, das Projekt selbst im Plenum zur Abstimmung zu bringen. Seien Sie aber versichert: Die LINKE wird im Parlament und in der Öffentlichkeit jede Chance nutzen, diese Rüstungsentscheidung zu skandalisieren und auch weiterhin das Ende der nuklearen Teilhabe einzufordern. Auch ich werde als Abgeordnete mithelfen, weiterhin die Öffentlichkeit über dieses Vorhaben der Bundesregierung aufzuklären und die Aktivitäten der

Friedensbewegung gegen diese Pläne zu unterstützen. Erst in der vergangenen Woche habe ich zum zehnten Jahrestag der Abstimmung des wirkungslosen Antrags der Bundesregierung berichtet: <https://de-de.facebook.com/NicoleGohlkeMdB/posts/1416356281904781>

Mit solidarischen Grüßen nach Erding und Dorfen
Nicole Gohlke